



Presseinformation –

**„#RassismusHilftKeinBisschen – Wir schon!“:
Gesetzliche Krankenkassen schließen sich
Initiative gegen Rassismus, Diskriminierung
und Gewalt an**

16.04.2025
Seite 1 von 4

Landespresse- und Informationsamt
40213 Düsseldorf
presse@stk.nrw.de

Telefon 0211 837-1134

Bürgertelefon 0211 837-1001
nrwdirekt@nrw.de
www.land.nrw

Minister Laumann: Mit der Initiative stellen wir uns entschieden hinter die Mitarbeitenden im Gesundheitswesen und treten für Toleranz, Akzeptanz und Respekt ein

Das Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales teilt mit:

Das Gesundheitsministerium sowie zentrale Akteure des Gesundheitswesens in Nordrhein-Westfalen haben im Februar 2025 eine [Initiative gegen Rassismus, Gewalt und Diskriminierung](#) gegenüber den Mitarbeitenden im Gesundheitswesen gestartet. Am Mittwoch, 16. April 2025, haben sich die gesetzlichen Krankenkassen in Nordrhein-Westfalen der Initiative sowie der dazugehörigen gemeinsamen [Resolution](#) angeschlossen. Mit der Initiative setzen sie, das Gesundheitsministerium und alle weiteren Beteiligten, gemeinsam ein deutliches Zeichen gegen Hass, Hetze und Handgreiflichkeiten gegenüber den Helferinnen und Helfern in der Not. Die Initiative betont die enorme gesellschaftliche Bedeutung der Arbeit der Menschen im Gesundheitswesen – ganz egal welcher Herkunft und welcher Hautfarbe.

Das Erkennungsmerkmal der Initiative sind die Hashtags #RassismusHilftKeinBisschen, #GewaltHilftKeinBisschen sowie #DiskriminierungHilftKeinBisschen jeweils als Slogan kombiniert mit der Entgegnung „Wir schon!“. Unter diesen Slogans machen die Beteiligten mit Social Media Postings und weiteren Kommunikationsmaßnahmen auf das Problem von Übergriffen aufmerksam und zeigen zugleich Solidarität mit allen Beschäftigten im Gesundheitswesen. Die Slogans verdeutlichen die Rolle der Mitarbeitenden im Gesundheitswesen als Kümmerer und Helfer in der Not und setzen diese der zerstörerischen Kraft von Rassis-

mus, Diskriminierung und Gewalt entgegen. Anlass für den Start der Initiative waren Gewaltvorfälle im Gesundheitsbereich sowie Berichte über Rassismus und Diskriminierung.

„Die Mitarbeitenden im Gesundheitswesen leisten mit ihrer Arbeit Tag für Tag und rund um die Uhr einen unentbehrlichen Dienst für das Gemeinwohl. Beleidigungen, Drohungen oder gar Angriffe gegen unsere Kümmerer in der Not dulden wir nicht. Das müssen wir als Gesellschaft unmissverständlich deutlich machen, in dem wir nicht weggucken, sondern uns entschieden hinter die Beschäftigten im Gesundheitswesen stellen. Mit unserer Initiative setzen wir in diesem Sinne gemeinsam mit dem Gesundheitswesen ein deutliches Zeichen und treten gegen Rassismus, Diskriminierung und Gewalt ein. Ich freue mich sehr, dass die gesetzlichen Krankenkassen der Initiative beigetreten sind und sie dadurch auf ein noch breiteres Fundament stellen sowie weiter stärken. Das verdeutlicht die große Solidarität mit den Mitarbeitenden im Gesundheitswesen und das große Problembewusstsein für fehlende Toleranz, Akzeptanz und Respekt ihnen gegenüber“, sagte Gesundheitsminister Karl-Josef Laumann.

„Im Gesundheitswesen darf kein Platz für Rassismus, Gewalt oder Diskriminierung sein! Alle Patienten und alle Beschäftigten im Gesundheitswesen haben das Recht auf eine faire, respektvolle und gleiche Behandlung – unabhängig von Herkunft, Hautfarbe, Geschlecht, Sprache, Religion oder sozialem Status. Menschlichkeit, Empathie und Gerechtigkeit müssen die Grundlage jeder Entscheidung und Versorgung bilden. Jeder Angriff oder Gewalttat gegen Beschäftigte im Gesundheitswesen ist ein Angriff auf unsere Menschlichkeit – sie verdienen Schutz, Respekt und unsere uneingeschränkte Wertschätzung. Die Krankenkassen und Krankenkassenverbände in NRW unterstützen daher ausdrücklich die Initiative gegen Rassismus, Diskriminierung und Gewalt“, erklärt Dirk Ruiss, Leiter der vdek-Landesvertretung NRW, stellvertretend für die Krankenkassen und Krankenkassenverbände in Nordrhein-Westfalen.

Weitere Aktivitäten der Landesregierung

Das Gesundheitsministerium hat im Juni 2024 eine Studie zu Rassismus und Antisemitismus gegenüber Beschäftigten im Gesundheitswesen in Nordrhein-Westfalen in Auftrag gegeben, die sich auch mit dem Thema Gewalt befasst. Die Studie soll zuverlässige Zahlen und detailliertere Einblicke, aber auch einen Überblick über bereits vorhandene

Maßnahmen in Bezug auf den Schutz von Beschäftigten in gesundheitlichen Versorgungseinrichtungen in Nordrhein-Westfalen liefern. Eine wesentliche Basis dieser Studie ist eine [Online-Befragung](#), die sich an alle Beschäftigten des Gesundheitswesens richtet und [aktuell läuft](#). Die Endergebnisse werden im Sommer 2026 erwartet.

Neben der Initiative und der Beauftragung der Studie hat das Gesundheitsministerium im Mai 2024 einen „Runden Tisch“ ins Leben gerufen, der einen Austausch zwischen Ministerium und Fachleuten aus Einrichtungen des Gesundheitswesens zum Thema Gewalt ermöglicht und die Vernetzung der Institutionen zum Schutz der Mitarbeitenden fördert. In diesem Rahmen sollen unter anderem strukturierte hausinterne Meldewege und Curricula für Arbeitsschutzbeauftragte erarbeitet werden, die auch als Gewaltschutzbeauftragte fungieren können.

Zudem hat die Krankenhausgesellschaft Nordrhein-Westfalen (KGNW) in Zusammenarbeit mit dem Präventionsnetzwerk #sicherimDienst des Innenministeriums Nordrhein-Westfalen einen Leitfaden mit Sicherheitsempfehlungen für Beschäftigte in Kliniken herausgebracht. Die KGNW hat sich darüber hinaus offiziell dem Netzwerk angeschlossen, das wiederum inzwischen am Runden Tisch teilnimmt.

Hintergrund

Neben dem nordrhein-westfälischen Gesundheitsministerium und den gesetzlichen Krankenkassen sind die folgenden Organisationen an der Initiative beteiligt: Krankenhausgesellschaft Nordrhein-Westfalen, Pflegekammer Nordrhein-Westfalen, Ärztekammer Westfalen-Lippe, Ärztekammer Nordrhein, Kassenärztliche Vereinigung Westfalen-Lippe, Kassenärztliche Vereinigung Nordrhein, Zahnärztekammer Nordrhein, Zahnärztekammer Westfalen-Lippe, Kassenzahnärztliche Vereinigung Nordrhein, Kassenzahnärztliche Vereinigung Westfalen-Lippe, Psychotherapeutenkammer Nordrhein-Westfalen, Apothekerkammer Westfalen-Lippe, Apothekerkammer Nordrhein, Apothekerverband Westfalen-Lippe, Apothekerverband Nordrhein, Landesverband der Ärztlichen Leitungen Rettungsdienst in NRW, Deutsche Gesellschaft für Internistische Intensiv- und Notfallmedizin, Deutsche Gesellschaft für Kinder- und Jugendmedizin, Deutsche Gesellschaft interdisziplinäre Notfall- und Akutmedizin, Deutsche Gesellschaft für Anästhesiologie und Intensivmedizin und Landeszentrum Gesundheit Nordrhein-Westfalen

Die gesetzlichen Krankenkassen/-verbände in Nordrhein-Westfalen:
AOK NordWest, AOK Rheinland/Hamburg, Verband der Ersatzkassen
(VDEK), BKK-Landesverband NORDWEST, IKK classic, KNAPP-
SCHAFT und Sozialversicherung für Landwirtschaft, Forsten und Gar-
tenbau (SVLFG).

Bei Bürgeranfragen wenden Sie sich bitte an: Telefon 0211 855-5.

**Bei journalistischen Nachfragen wenden Sie sich bitte an die
Pressestelle des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und
Soziales, Telefon 0211 855-3118.**

Dieser Presstext ist auch verfügbar unter www.land.nrw

[Datenschutzhinweis betr. Soziale Medien](#)

